Freitag, 31. August 1928 - 76. Jahrgang Nr. 411

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Mit „Ulk“ 10 Pfennig

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 60 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,50 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 10 Pfennig; das fettgedruckte Wort 20 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3462; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 824, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Badstr. 61, Blücherstr. 69, Fennstr. 1, Fidicinstr. 9, Frankfurter Allee 286 u. 346, Greifswalder Strasse 197, Grosse Frankfurter Strasse 101, Kochhannstrasse 8, Königstr. 19, Köpenicker
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik“
Moden-Zeitung — Sport-Zeitung
Film-Zeitung — Haus- u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung — Witzblatt „ULK“
755 Berlin veränderlich

Strasse 67-68, Moritzplatz, Müllerstrasse 135, Potsdamer Strasse 33, Rathenower Strasse 3, Rheinsberger Strasse 79, Rosenthaler Strasse 48, Schiffbauerdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turmstrasse 61, Wiener Strasse 1-6, Zimmerstrasse 59; Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Kantstr. 34, Nürnberger Str. 25-26, Scharrenstrasse 39, Tauentzienstrasse 2; Cöpenick: Schlossstr. 1; Friedenau: Rheinstrasse 19; Halensee-Grunewald: Henriettenpl.; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 243; Niederschöneweide: Brückenstrasse 22; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schloss-Str. 32; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserplatz 13, Uhlandstr. 88; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 5; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Verhaftung des jungen Stinnes – Bahn ab 1. 10. teurer – „Skanderbegs“ Heiratswünsche

Betrugsverdacht und Verdunkelungsgefahr

Die Verhaftung des jungen Hugo Stinnes

BERLIN, 30. August. (W. T. B.)

In der Kriegsanleiheangelegenheit ist heute Hugo Stinnes jr., gegen den bereits vor einigen Tagen die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden war, vom Untersuchungsrichter des Landgerichts I Berlin eingehend und unter Gegenüberstellung mit weiteren Angeschuldigten vernommen worden. Auf Grund des Ergebnisses dieser Vernehmung hat sich, wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, der Untersuchungsrichter entschlossen, Haftbefehl gegen Hugo Stinnes wegen dringenden Verdachts des versuchten Betruges und wegen Vorliegens von Verdunkelungsgefahr zu erlassen.

*

Man wird erst den weiteren Gang der Untersuchung abwarten müssen, bevor man zu dieser Affäre Stinnes eingehender Stellung nehmen kann. Immerhin ist die Verhaftung des Erben des einstmals grossmächtigen Hugo Stinnes geeignet, in der Oeffentlichkeit so grosses Aufsehen zu erregen, dass man auf die Aufklärung der gegen den jungen Stinnes bestehenden Verdachtsmomente sehr gespannt sein muss.

Der verstorbene Hugo Stinnes hat es als einflussreichster Repräsentant der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie während der Inflationszeit verstanden, ungeheuere Reichtümer zu sammeln und sich eine persönliche Machtstellung zu verschaffen, die ihn zeitweise als den illegalen „Diktator“ Deutschlands erscheinen liess. Seine Taktik war ganz eindeutig darauf gerichtet, die deutsche Währung systematisch zugrundezurichten, um auf Kosten der Allgemeinheit seine wirtschaftliche Machtstellung zu ausschlaggebendem Einfluss auch

auf die politische Führung geltendmachen zu können. Dabei wurde aber die Existenz des Reiches — während des Ruhrkampfes — aufs Spiel gesetzt. Es wäre kein Wunder, wenn diese nicht gerade sehr moralische Geschäftspolitik des Vaters auf die Entwicklung des Sohnes ungünstig eingewirkt haben sollte.

(Weitere Meldungen siehe 1. Beilage.)

„Fall Lambach nur formell erledigt“

Eine parteioffiziöse Erklärung der Deutschnationalen und ihr Echo im Hugenberg-Lager

Die deutschnationale Parteileitung gibt in einer längeren Auslassung, die von der „Deutschnationalen Pressestelle“ verbreitet wird, die Parole aus, den „Fall Lambach“ mit dem jüngsten Urteilsspruch der Parteivertretung als „endgültig und bindend erledigt“ zu betrachten. Damit sollen alle weiteren Erörterungen in der deutschnationalen Presse abgeschnitten werden,

um zu verhüten, dass die inneren Gegensätze in der Deutschnationalen Partei noch weiter zum Ausbruch kommen.

Es muss wirklich schlecht um die Einigkeit im deutschnationalen Lager stehen, wenn jetzt von oben her dekretiert werden muss, dass es „in diesem Falle weder Sieger noch Besiegte“ gebe. Darin liegt das unfreiwillige Eingeständnis, dass sich in der Deutschnationalen Partei zwei Richtungen gegenüberstehen, zwischen denen man augenscheinlich vermitteln will.

Die der rechtsradikalen Gruppe Hugenberg-Bang nahestehende „Deutsche Zeitung“ will sich jedoch dem Dekret der Parteileitung nicht so ohne weiteres unterwerfen. Das Blatt versieht die parteioffiziöse Auslassung mit der Ueberschrift:

„Fall Lambach nur formell entschieden.“

Das bedeutet, dass die Hugenberg-Clique den Kampf weiterführen will und den Parteispruch lediglich als eine formelle Angelegenheit betrachtet. Die „Deutsche Zeitung“ meint weiter, dass auf diese Erklärung ebenso wie auf das Urteil selbst „noch zurückzukommen sei“.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Meldung des gleichen Blattes, wonach der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Professor Werner (Giessen) aus der deutschnationalen Partei ausgetreten ist. Wenn auch die Gründe für diesen Austritt nicht näher angegeben werden, so ist doch anzunehmen, dass Herr Werner, der zum scharfmacherischen rechten Flügel gehört, mit dieser Aktion gegen das Lambach-Urteil protestieren wollte, das der Hugenberg-Clique recht unbequem ist.

Ueber die Absichten der Hugenberg-Gruppe weiss der „Jungdeutsche“ zu berichten, dass ein Gewaltstreich gegen die Partei geplant sei. Hugenberg und seine Freunde bauen dabei auf die Macht des Trustes der politischen Machtmittel:

„. . . man baut auf die zur Verfügung stehenden Geldmittel, ja man baut, was noch bedeutsamer ist, sogar auf die Söldnerdienste von Teilen der vaterländischen Verbände“.

Dem „Herrn über Presse und Film“ ist es allerdings zuzutrauen, dass er nichts unversucht lassen wird, um sich die deutschnationale Partei gefügig zu machen. Er, der als Geldgeber der Partei seinen ganzen Presseapparat in den Dienst deutschnationaler Wahlagitation gestellt hat, will das Kommando führen. Ob Graf Westarp sich als Parteiführer gegen den Einfluss Hugenbergs auch weiterhin durchzusetzen vermag, wird erst die Zukunft lehren.

Englische Grubendirektoren besuchen Deutschland

LONDON, 30. August. (W. T. B.)

Eine Gruppe von 100 Mitgliedern des Nationalverbandes der Bergwerksleiter wird am 8. September ihre seit längerer Zeit geplante Reise nach Deutschland antreten. Sie werden deutsche Zechen im Ruhrgebiet besichtigen und die dortigen Arbeitsmethoden studieren. Es sollen u. a. die Krupp-Werke in Essen sowie die Städte Oberhausen und Köln besucht werden.

Weltjugend und Weltfriede

Von
Hans Spielmann

Der erste Weltjugendfriedenskongress in Eerde ist beendet. „In ganz breiter Front“, d. h. unter Mitarbeit von Vertretern der Jugend aller Völker, Klassen und Rassen wurde für die Erhaltung des Friedens gearbeitet. Es war dort eine Jugend beisammen, die, gross geworden unter den Grausamkeiten des Krieges, weiss, dass sie dafür zu sorgen hat, dass in Zukunft aufgebaut werden kann, statt zu zerstören, dass der Hass der Liebe und die Ungerechtigkeit der Gerechtigkeit weichen muss. Man war sich auch darüber im klaren, dass dem Friedensgedanken durchaus nicht gedient ist, wenn man Phrasen in die Welt hinausposaunt, die nur Phrasen bleiben, und ging deshalb unverzüglich an die Lösung derjenigen Fragen, die mit dem Problem „Frieden“ zusammenhängen und begnügte sich nicht mit Resolutionen.

Aus der Fülle der dem Kongress vorgelegten Fragen sei als Beispiel für die Arbeitsmethode folgende herausgewählt:

Frage: Ist das Bestehen von Rassen- und Kulturminderheiten Kriegsursache, und wenn dies der Fall, wie kann dem abgeholfen werden?

Antwort: Die Minderheitenfrage bedeutet eine Bedrohung des Friedens, solange der bisherige Zustand der Unterdrückung und Gewaltanwendung besteht. Diese Bedrohung des Friedens wird verschwinden, sobald die Forderungen der Minderheiten in gerechter Weise erfüllt werden und die die nationalen Gegensätze verschärfenden sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten beseitigt sind.

Eine vom Plenum des Kongresses einstimmig angenommene Resolution lautet:

„Der Kongress unterstützt ohne Vorbehalt das Grundprinzip der Gleichheit aller Rassen.“

Auf Grund der Arbeit in den Kommissionen kam man zu folgenden Feststellungen:

„Der dauernde Weltfriede hängt von der Beseitigung des Imperialismus in allen seinen Formen ab. Nur durch die Beseitigung der ökonomischen Ausbeutung der Massen, welche dem Arbeiter die Früchte seiner Mühe raubt, kann die gegenwärtige imperialistische Ordnung verschwinden. Daher müssen wir uns die Aufgabe stellen, eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, in der es keine Ausbeutung mehr geben wird.

Moderne Kriege sind offenkundig auf das herrschende Wirtschaftssystem zurückzuführen, so dass die Schuld am letzten Weltkrieg unter keinen Umständen einer einzelnen Nation zur Last gelegt werden kann.

Die Forderung der werktätigen Jugend nach Arbeitsschutz, Freizeit und hochwertiger Berufsausbildung bedürfen raschester Verwirklichung in allen Ländern, am dringlichsten in den kolonialen und halbkolonialen Gebieten.

Der Kongress erblickt in der Militärdienstpflicht einen ungerechten Eingriff in das Gewissen des Einzelnen.“

Es ist an sich gewiss erfreulich, dass der Kommunist zusammen mit dem Bürgerlichen am gleichen Verhandlungstisch sass. Doch diese Zusammenarbeit wurde durch Aeusserungen auf einer anarchistisch-kommunistischen Sonderzusammenkunft getrübt. Ein kommunistischer Redner sprach dort von einer „pazifistischen Lüge“ und warnte vor allzu grossem Vertrauen gegenüber der „angeblich friedensgesinnten bürgerlichen Jugend“. Es genügt, wenn man über derartige Aeusserungen, die nur politische Kurzsichtigkeit, Taktlosigkeit und Verantwortungslosigkeit zeigen, zur Tagesordnung übergeht.

Zur Gründung eines „Weltbundes der Jugend“ kam es in Eerde noch nicht. Harold Bing, der internationale Sekretär und geistige Urheber des Kongresses, erklärte auf der Schlusssitzung, dass die Zeit für die Errichtung eines Weltbundes der Jugend für den Frieden noch nicht reif sei, aber dass die internationale Zusammenarbeit der Jugend für den Frieden intensiv weitergeführt werden müsse. Eine kleine Führerkonferenz soll im nächsten Frühling einberufen werden, um die weitere Entwicklung zu beraten.